

Eines Tages können wir vielleicht noch weiter gehen. Der endlich in Frieden lebende Nahe Osten und die Staaten der Region machen sich auf den holprigen, aber viel versprechenden Weg der Demokratisierung und der Entwicklung. Und Europa wird dank seiner Pläne der kontrollierten Erweiterung den Israelis und seinen Nachbarn dabei helfen, europäische Standards bei ihnen umzusetzen. Es geht darum, eine Integration vor Ort zu schaffen, um regionale Gebilde nach dem

Modell des europäischen Marktes aufzubauen. Was den Nahen Osten angeht, so verdeutlicht ein Blick auf die Karte, wie Israel, Palästina, Jordanien, Syrien und der Libanon einen natürlichen Block – die fruchtbare Sichel der Geografen und Seeleute – bilden. Man muss dieser Sichel die Existenz sichern. Dies ist ein schönes Projekt für das Europa der Zukunft.

(Aus dem Französischen von der Übersetzungsgemeinschaft Sternheimer.)

Ghassan Al-Khatib

Viele Schritte, kein Fortschritt

Trotz der Ungerechtigkeiten gegenüber den Palästinensern bei der Gründung des Staates Israel waren diese bereit, ihre historischen Rechte aufzugeben, um die Beilegung des Konflikts voranzutreiben. Aber weder die internationale Gemeinschaft noch die israelische Führung haben einen ausreichenden Beitrag zur Aussöhnung geleistet. So trugen sie zu Radikalisierungstendenzen innerhalb der palästinensischen Bevölkerung bei.

Der arabisch-israelische Friedensprozess, der auf der internationalen Friedenskonferenz 1991 in Madrid eröffnet wurde, markiert eine dramatische Wende in der politischen Landschaft des Nahen Ostens sowie in den Positionen und im Denken seiner Teilnehmer. Außerdem weckte er Hoffnung und Optimismus in der palästinensischen wie in der israelischen Gesellschaft. Das zeigte sich an der eindeutigen Unterstützung des Prozesses durch die Bevölkerung und an den durch beide Parteien in den frühen 90er Jahren geschlossenen Vorabkommen.

Doch 15 Jahre später, 60 Jahre nach Entstehung dieses Konflikts, zeigen die voneinander abweichenden Gedenkfeiern zum 60. Jahrestag der Gründung des Staates Israel, wie tief dieser Konflikt reicht und wie groß die konzeptionelle Kluft ist, die sich zwischen beiden Parteien auftut. Den Israelis schenkte das Jahr 1948 Unabhän-



Ghassan Al-Khatib

(* 1954) ist Leiter des *Jerusalem Media and Communication Center*. Er ist führendes Mitglied in der Palästinensischen Volkspartei (PPP) und war als Planungsminister sowie als Arbeitsminister in der Palästinensischen Autonomiebehörde tätig.
gkhatib@birzeit.edu

gigkeit und Eigenstaatlichkeit. Den Palästinensern hingegen brachte es nur Unheil: die Zwangsaussiedlung von mehr als der Hälfte ihrer Bevölkerung, die in der arabischen Welt verteilt in Flüchtlingslager gepfercht wurde.

Dennoch, mit der Zeit wird das, was die Israelis einst die »palästinensische Erzählung« bezeichneten, eine unangefochtene und gut dokumentierte historische Tatsache. Palästinensische wie israelische Historiker kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass die vor-staatliche jüdische

Miliz tatsächlich von der britischen Mandatsbehörde unterstützt wurde und die einheimische Bevölkerung Palästinas 1948 einer geplanten und systematischen ethnischen Säuberung zum Opfer fiel. Diese ethnische Säuberung führte geradewegs zur Gründung Israels und zum palästinensischen Flüchtlingsproblem.

Gleichzeitig scheint es auch ein neues Verständnis für den korrekten historischen Kontext des palästinensisch-israelischen Konflikts in Europa zu geben. Die neuen Generationen gelangen immer mehr zu der Einsicht, dass die Art und Weise, wie Europa sein »Judenproblem« zu lösen versuchte, nämlich indem es Juden für ihre Verfolgung in Europa durch die Gründung von Israel und die Ansiedlung von Juden ebenda »entschädigen« wollte, nur Leid über ein anderes Volk brachte. Das erklärt vielleicht auch die offensichtlichen Unterschiede in den öffentlichen und offiziellen Meinungen in Europa und Amerika.

Historischer Kompromiss

Vor dem Hintergrund dieses Kontextes wird deutlich, wie weit die Palästinenser bei der Suche nach einer historischen Aussöhnung gegangen sind, indem sie sich nach zwei Jahrzehnten interner politischer Debatten für die Aufgabe ihrer historischen Rechte und für die Billigung einer auf dem Völkerrecht und einschlägigen UN-Resolutionen basierenden politischen Position entschieden haben.

Dieser Umbruchprozess gipfelte Ende der 80er Jahre in der Annahme der Zwei-Staaten-Lösung und der Anerkennung des Rechts Israels auf eine Existenz in Frieden und Sicherheit innerhalb der Grenzen von 1967, was 78 % des ursprünglichen Palästinas umfasst.

Dieser historische Kompromiss sollte den Weg für die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates auf dem übrigen Gebiet Palästinas ebnen, voraus-

gesetzt, dass Israel sich aus dem Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, und dem Gazastreifen zurückzieht. Die Palästinensische Befreiungsorganisation unterzeichnete die Oslo- und verschiedene andere Abkommen und bekannte sich damit zu diesem Kompromiss. Doch die nachfolgenden Entwicklungen weckten bei den Palästinensern allmählich den Eindruck, dass dieser historische Schritt Israel nicht genüge, welches scheinbar auf allen Hochzeiten tanzen wollte. Israel genoss das Ende der Feindschaft und des Krieges nicht nur mit den Palästinensern, sondern auch mit den arabischen Staaten und fühlte sich zusehends weniger motiviert, den Preis für diesen Frieden zu zahlen, d.h. die Okkupation zu beenden und die Etablierung eines palästinensischen Staates neben dem israelischen zuzulassen.

Die Gründe dafür waren vielfältig. Teilweise war Israel durch die Verhandlungen und nach der Etablierung der Palästinensischen Autonomiebehörde in der Lage, die palästinensische Führung zu transformieren und ökonomisch, politisch und auch sonst von Israel und von ausländischer Unterstützung abhängig zu machen. Gleichzeitig expandieren die Siedlungen Israels in den besetzten Gebieten weiter. Das ist ein deutliches Signal dafür, dass Israel – während es den ökonomischen und politischen Nutzen des Friedens einstreichen wollte – nicht bereit war, die Besetzung aufzugeben. Im Jahr 2000, sieben Jahre nach Unterzeichnung der Oslo-Abkommen, verzeichneten israelische Friedensgruppen und internationale Beobachter eine Verdoppelung der Siedlungen in den besetzten Gebieten. Die Okkupation war nicht zurückgegangen, sondern hatte sich im Gegenteil sogar konsolidiert.

Das Scheitern des Friedensprozesses sowie die Transformation der palästinensischen Führung von einer nationalen Bewegung in eine Art Mandant von Israel verbunden mit schlechten Ergebnissen ihrer Regierungsarbeit, führten zu einem

sukzessiven und stetigen Rückgang der öffentlichen Unterstützung der Führung und zugleich zu einem wachsenden Zuspruch für die Opposition, angeführt durch die fundamentalistisch-islamische politische Bewegung der *Hamas*. Schließlich gewann die *Hamas* 2006 freie und faire Parlamentswahlen und übernahm ein Jahr später, nach Bewältigung interner und externer Herausforderungen, hervorgerufen durch diese Wahlergebnisse, die Kontrolle des Gazastreifens.

Zunehmende Radikalisierung

Ein anderer Grund für die zunehmende Radikalisierung war die systematische Verschlechterung der Lebensbedingungen, die wachsende Arbeitslosigkeit und Armut der Palästinenser. In den Berichten der Weltbank wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass die israelische Politik, die Freizügigkeit von Personen und den freien Warenverkehr mit Restriktionen zu belegen, ein primärer Grund für das Scheitern des Wiederaufbau-Programms war, ungeachtet der umfangreichen Hilfeleistungen der internationalen Gemeinschaft, die in die palästinensischen Gebiete flossen.

Die vom ehemaligen rechten Premierminister Sharon entwickelte israelische Politik des Alleingangs trug weiter zum Trend der Radikalisierung der palästinensischen öffentlichen Meinung bei. Gestützt durch die Behauptung, es gäbe keinen politischen Partner bei den Palästinensern, leitete Israel eine Reihe von unilateralen Schritten ein, darunter die Räumung des Gazastreifens mit weiterhin geschlossenen Grenzen und Isolierung vom Westjordanland wie auch die verstärkte Besetzung des Westjordanlandes durch intensiviertere illegale Siedlungsbebauung (Einem Bericht des UN-Koordinators für Humanitäre Angelegenheiten von 2007 zufolge sind durch die Siedlungen und ihre Infrastruktur bereits mehr als 38 Prozent der Fläche des

Westjordanlandes für Palästinenser gesperrt). Hätte sich Israel als Teil seines Beitrages zum Friedensprozess aus Gaza zurückgezogen, hätte das auch die Unterstützung des palästinensischen Volkes und seiner Führung gefunden, die sich dem Friedensprozess verpflichtet hat. Stattdessen ermöglichte Israels einseitiger Rückzug der *Hamas*, dies als Erfolg ihres Widerstandes zu verbuchen, was sie in der Öffentlichkeit noch weiter aufwertete.

Für diese schrittweise Verschlechterung war zum Teil die amerikanische Regierung verantwortlich, die sich nach der Amtsübernahme von Präsident George W. Bush jeglicher aktiven Diplomatie oder Vermittlung enthielt. Damit lieferte sie die Palästinenser dem mächtigeren Israel aus und bestärkte Israel in seiner Tendenz, den Nutzen seiner Macht und der illegalen Landnahme einzustreichen.

Bemühungen ohne Ergebnis

Die ersten aktiven diplomatischen Bemühungen Amerikas nach den gescheiterten Verhandlungen in Camp David 2000 erfolgten 2006 nach dem Baker-Hamilton-Bericht, der aufzeigte, dass die Vertiefung des israelisch-palästinensischen Konflikts eine der Hauptursachen für die Verletzung amerikanischer Interessen im Nahen Osten war. Amerikanische Initiativen, die zur Einberufung der Konferenz von Annapolis führten, weckten Hoffnung und waren hilfreich für Präsident Mahmoud Abbas und Premierminister Salim Fayyad. Doch als die Konferenz näherrückte und insbesondere, als deutlich wurde, dass sich die Parteien in keinem neuen Punkt einigen konnten, erlosch diese Hoffnung wieder.

Die größte Enttäuschung war, dass diese groß angekündigte Konferenz lediglich den Beschluss hervorbrachte, die Verhandlungen auf der Basis der ersten Phase der *Roadmap* wieder aufzunehmen, eines vom

Nahost-Quartett entworfenen Dokuments, das bereits seit Jahren ohne Umsetzung in der Schublade lag.

Der Annapolis-Prozess endete, sobald ersichtlich war, dass er die Expansion der jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten nicht stoppen konnte. Palästinensische Politiker warnten, dass der Friedensprozess unvereinbar mit der Siedlungspolitik und der weiteren Landnahme der Israelis sei, doch sie stießen auf taube Ohren. Seit dem Scheitern der Gespräche von Annapolis ist ein Rückgang der öffentlichen Unterstützung für die palästinensische Führung, die diesen Prozess befürwortete, zu verzeichnen.

Und nun, da die Amtszeiten der Präsidenten Abbas und Bush, sowie sogar des israelischen Premierministers Ehud Olmert, der mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert wird, zu Ende gehen und wir die 60-Jahres-Marke dieses Konfliktes über-

sritten haben, stehen unsere beiden Völker an einem Scheideweg. Einerseits ist es wahrscheinlich, dass der Trend zur Gewalt und zur Fortsetzung des Konfliktes weitergehen und der stagnierende Friedensprozess ohne Erfolgsaussichten vor sich hinwelken wird.

Andererseits kann dieser Trend nur durch die Einführung von Strategien, die die legitimen Rechte beider Völker respektieren, umgekehrt werden. Diesen Strategien muss das Völkerrecht als Maßstab für richtig und falsch zugrunde gelegt werden. Für eine Umkehr dieser negativen Tendenzen wäre auch die internationale Gemeinschaft mit einer aktiven Vermittlerrolle gefordert. Da die Vereinigten Staaten mit ihren Wahlen beschäftigt sein werden, wäre es an der Zeit für Europa, gemeinsam mit seinen Quartett-Partnern – den Vereinten Nationen, den USA und Russland – eine aktivere Rolle zu übernehmen.

Ruth Kedar

Yesh Din – Freiwillige für Menschenrechte

Die unwürdige Behandlung der Palästinenser an den Kontrollpunkten ist nur die Spitze des Eisbergs, das eigentliche Problem sind die Übergriffe israelischer Siedler. Die Initiative Yesh Din unterstützt Palästinenser, sich rechtlich zur Wehr zu setzen. Damit trägt diese Initiative nicht nur zur Einhaltung der Gesetze in Israel bei, sondern vermittelt den Palästinensern auch ein positiveres Bild von den Israelis.

Ruth Kedar

(* 1927) ist Mitbegründerin der Initiative Yesh Din, die sich für die Rechte der Palästinenser einsetzt.

rkedar@netvision.net.il



fahrung hatten mit der Arbeit in Menschenrechtsbewegungen, *Machsom Watch*, mit dem Ziel, die Militär-Checkpoints in ganz Jerusalem zu überwachen. Der bekannteste ist wohl Kalandiya. Die israelischen Streitkräfte der *Israel Defense Forces* (IDF) behaupteten zwar, dass durch die Kontrollen Selbstmordattentate verhindert würden, aber die Nebenwirkungen auf die Zivilbevölkerung waren verheerend.

Intifada und Terror einerseits, festgefahrene Friedensgespräche und endlose

Im September 2000 brach die zweite *Intifada* aus. Ein paar Monate später, im Februar 2001, gründete eine Gruppe Frauen, die alle aus Jerusalem stammten und Er-